

Europäische „Öffentliche Güter“ und der Mehrwert Europas

Jakob von Weizsäcker, 28.1.2018

Das Sondierungspapier fordert einen neuen Aufbruch für Europa. Dieser Aufbruch muss in den Koalitionsverhandlungen im sozialdemokratischen Sinne weiter konkretisiert werden, ohne dabei jedoch die Gesprächsgrundlage mit der Union oder die Unterstützung in der Öffentlichkeit in Frage zu stellen. Dem Ausbau der europäischen öffentlichen Güter sollte bei diesem Konkretisierungsprozess eine zentrale Rolle zukommen, insbesondere aus vier Gründen.

1) Mehrwert Europas

Um Europa wirklich voran zu bringen und den nationalistischen Rechtspopulisten in einer Großen Koalition den Wind aus den Segeln zu nehmen, statt die Ränder weiter zu stärken, müssen wir dafür sorgen, dass Europa da erfolgreich liefert, wo der Nationalstaat im 21. Jahrhundert offensichtlich nicht mehr vernünftig liefern kann. Wenn wir im 21. Jahrhundert in nationaler Verteidigungs- und Sicherheitspolitik verharren, statt erfolgreich zu europäisieren, dann bedeutet das weniger Sicherheit bei höheren Kosten. Wenn wir die Energiewende weiter im nationalen Alleingang statt gemeinsam betreiben, dann bedeutet das weniger Klimaschutz bei höheren Kosten. Wenn wir die Entwicklungspartnerschaft mit dem Mittelmeerraum und Afrika nicht europäisieren, dann bedeutet das weniger Entwicklung und zugleich eine größere politische Instabilität. Ähnliches gilt für den humanitären Umgang mit Flüchtlingen, den Schutz der Außengrenzen, die Besteuerung von globalen Konzernen, und die staatlichen Antworten auf die digitale Revolution.

2) Grenzen der nationalen Bereitstellung europäischer öffentlicher Güter

Vor der Eurokrise hatte man noch großes Vertrauen in die nationale Bereitstellung europäischer öffentlicher Güter. Als mit Schengen die Binnengrenzen in der EU abgeschafft wurden, wusste man natürlich, dass damit der humanitäre Umgang mit Flüchtlingen und der Schutz der Außengrenzen von nationalen zu gemeinsamen europäischen öffentlichen Gütern werden. Aber man hielt es entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip für plausibel, dass vertragliche Regelungen ausreichen würden, um eine zuverlässige nationale Finanzierung und Bereitstellung dieser europäischen öffentlichen Güter sicherzustellen. Diese Hoffnung hat sich jedoch spätestens mit der Eurokrise und Flüchtlingskrise als trügerisch erwiesen. Erstens waren Krisenländer mit der zuverlässigen nationalen Bereitstellung dieser europäischen öffentlichen Güter heillos überfordert. Zweitens war die Durchsetzbarkeit europäischer Regeln gegenüber zögerlichen Nationalstaaten faktisch stark eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund sollte man, viel stärker als in der Vergangenheit, auf eine europäischer Finanzierung und Organisation solcher kritischen europäischen öffentlichen Güter setzen, was auch erhebliche Auswirkungen auf die nächste europäischer Haushaltsperiode haben muss. Eine entsprechende Bereitschaft sollte klar im Koalitionsvertrag und in einer deutsch-französischen Initiative abgebildet werden.

3) Solidarisches Eigeninteresse statt Transferunion

Ein substanzieller Aufwuchs im europäischen Haushalt würde auf einige Skepsis stoßen, wenn ein solcher Aufwuchs in erster Linie als solidarischer Aufwuchs zugunsten ärmerer Mitgliedstaaten erfolgen würde. Es bestünde hier die nicht völlig unbegründete Sorge, dass es zu einer Ressourcenkonkurrenz zwischen dem ärmeren Teil der Bevölkerung in reicheren Ländern der EU und ärmeren EU-Staaten kommen könnte, eine Sorge die maßgeblich dazu beigetragen hat, dass der

Angstbegriff der Transferunion so viel politische Resonanz in Deutschland finden konnte. Anders verhält es sich, wenn dieser Aufwuchs im europäischen Haushalt zuverlässig dazu verwendet würde, einen echten Mehrwert für die gesamte EU und damit insbesondere auch für Deutschland zu schaffen. Wenn alle einen fairen Beitrag zu diesen europäischen öffentlichen Gütern leisten, wäre es dann so schlimm, wenn einige europäische Mitgliedstaaten in bestimmten Punkten stärker profitieren als andere? Wenn osteuropäische Staaten, die sich besondere Sorgen wegen Russland machen, von einer Sicherheitspolitik überproportional profitierten? Oder wenn Südeuropa von einer gelungenen Entwicklungspartnerschaft mit Afrika mehr Vorteile hätte? Oder ein echtes europäisches Asylsystem mehr Vorteile für Schweden und Deutschland? Die europäische Finanzierung echter europäischer öffentlicher Güter wäre einer überwiegenden Mehrheit der Wähler auch in den reicheren Ländern und auch unseren Verhandlungspartnern in der Union als Erfordernis, das sich unmittelbar aus unserem wohlverstandenen Eigeninteresse ergibt, nahezubringen.

4) Europäisch Investieren im Boom

Einer der wichtigsten europapolitischen Profilierungspunkte für die Sozialdemokratie in den letzten Jahren war die Forderung nach einer breit angelegten Investitionsoffensive für Europa. Die europäische Dimension dieser Forderung in der Krise war konjunkturpolitisch wohl begründet. Die Aussicht darauf, einen in Deutschland auch strukturell vorhandenen Investitionsbedarf zu befriedigen, verbreiterte die politische Unterstützung für diesen Ansatz. Angesichts dieser breiten Grundsympathie für eine europäische Investitionsoffensive gelang es zwar stellenweise die Investitionen zu erhöhen. Aber eine makro-ökonomisch relevante Investitionsoffensive entstand daraus nicht. Inzwischen hat sich die konjunkturelle Lage in der gesamten Eurozone deutlich verbessert, weshalb das konjunkturelle Argument für Investitionen nicht mehr zuverlässig trägt. Und die Beseitigung struktureller Investitionsdefizite in Mitgliedstaaten könnte, im Sinne des Subsidiaritätsprinzips, eher als nationale denn als europäische Aufgabe verstanden werden, zumal in Deutschland. Um nun den politischen Schwung der letzten Jahre für eine europäische Investitionsoffensive zu nutzen, ohne hierbei zunehmend in Begründungsschwierigkeiten zu geraten, würde sich eine gewisse Fokussierung der europäischen Zukunftsinvestitionen auf das Themenfeld der europäischen öffentlichen Güter anbieten.

Abschließend soll festgehalten werden, dass eine Konkretisierung der des geplanten europapolitischen Aufbruchs einer Großen Koalition unter dem Begriff der europäischen öffentlichen Güter kein Ersatz sondern eine komplementäre Ergänzung zur sozialdemokratischen Investitionsagenda wäre. Auch gibt es eine nennenswerte Komplementarität zu den Reformbemühungen für die Eurozone, weil ein geordneter Insolvenzmechanismus von Staaten in der Eurozone unter anderem voraussetzen würde, dass hierbei die europäischen öffentlichen Güter keinen Schaden nähmen, was durch eine europäische Finanzierung und Organisation sichergestellt wäre. Kurzum: eine Ausbau der europäischen öffentlichen Güter würde nicht alle Probleme lösen, aber doch wesentlich dazu beitragen, die verbliebenen europäischen Probleme zusammen mit der Union und mit Frankreich leichter lösbar zu machen.